

# Wirtschaftszeitung

HANDEL, HANDWERK, INDUSTRIE UND VERKEHR IN OSTBAYERN

WWW.DIE-WIRTSCHAFTSZEITUNG.DE

NR. 5 • MAI 2014 • 2,90 €

## Drei von vier sind SEPA-fit

Längere Frist sinnvoll nutzen

**REGENSBURG.** Der alarmierende Umsetzungsstand im SEPA-Raum war Anfang Januar für die EU-Kommission ausschlaggebend, das Ende der Migrationsphase vom 1. Februar auf den 1. August 2014 zu verschieben. Aber: War diese Verschiebung für deutsche Organisationen wirklich nötig? Und wie können „Nachzügler“ die Zeit bis August nutzen, welche Prioritäten sollten sie bis dahin setzen? Um diese Fragen zu beantworten, hat ibi research an der Universität Regensburg kürzlich die vierte Studie zur SEPA-Umsetzung in Deutschland durchgeführt. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass derzeit noch 17 Prozent der Befragten Überweisungen im alten DTA-Format und 16 Prozent DTA-Lastschriften bei Banken einreichen. Insgesamt verwendet etwa ein Viertel der Organisationen weiterhin Überweisungen oder Lastschriften im alten Format.

Die komplette Studie gibt es als kostenlosen Download auf [www.sepa-wissen.de](http://www.sepa-wissen.de) (to)

## Visionen für unsere Städte

Großes Spezial zur Immobilienwirtschaft in Ostbayern. **Seiten 9-18**



## Die Ukraine-Krise trifft die ostbayerische Wirtschaft

Die Politik droht mit Sanktionen, die Unternehmen bekommen die Folgen zu spüren

VON THORSTEN RETTA

**REGENSBURG.** „Nun ist die Stunde der Politik“, sagte Dr. Volker Treier, der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages DIHK angesichts der aktuellen Krise um die Ukraine, als er kürzlich die IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim besuchte. Dennoch sei es Aufgabe der Wirtschaft, auf möglichen Folgen hinzuweisen, die aus Sanktionen gegen Russland entstehen könnten. Und das tat er auch. „Etwa 6100 deutsche Firmen sind mit etwa 300.000 Beschäftigten in Russland aktiv und haben dort einen Kapitalstock von 20 Milliarden Euro aufgebaut“, so der DIHK-Vertreter. Er empfahl der Politik daher mit Blick auf die intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen, „jetzt nicht die größte Keule auszupacken und breite Wirtschaftssanktionen auszusprechen“. Zumal alleine das Nachdenken darüber für die Wirtschaft ganz konkrete Folgen hätte.

Und in der Tat, so berichtet Horst Linn, Geschäftsführer vom Industrieofenbauer Linn High Therm aus Eschenfelden, für den Russland der wichtigste Auslandsmarkt ist, dauerten Visaanträge inzwischen einen Monat. „Vor der Krise war eine Einreisegenehmigung in drei bis vier Tagen ausgestellt.“ Linn wäre beziehungsweise ist nicht das einzige Unternehmen aus der exportstarken ostbayerischen Wirtschaft, das unter Wirtschaftssanktionen leiden würde. Viele Vertreter in der Region starken Automotive-, Maschinen- und Elektroindustrie wären betroffen.

Im Gegensatz zur deutschen und regionalen Ökonomie würden Sanktionen für die russische Wirtschaft dagegen nicht nur schmerzhaft. Sie wären existenzbedrohend. Auf Sanktionen müsste Russland mit einem Exportstopp von Gas und Öl – viel mehr hat die Ökonomie Putins nicht zu bieten – antworten. Auf diese Deviseneinnahmen von etwa 100 Millionen Dollar

täglich kann Moskau nur über einen begrenzten Zeitraum hinweg verzichten – je nachdem, welche alternativen Abnehmer gefunden werden und wie sich der Preis entwickelt.

Auch, wenn es Russland gelingt, neue Märkte für die Einfuhr von Automobilen und Maschinen zu erschließen oder seine Rohstoffe nach Osten zu verkaufen: Die EU mit den USA und Japan im Rücken sitzt am längeren Hebel. Zumindest in der Theorie. Damit spielt die Politik in „ihrer Stunde“ die richtigen Karten aus. Ob sich Wladimir Putin davon allerdings beeindruckt lässt, bleibt abzuwarten. Die jüngsten Ereignisse im industriell geprägten Osten der Ukraine lassen daran Zweifel aufkommen. Fest steht: Zu verlieren hätte der Kreml-Chef viel – viel gewonnen hat er durch den dreisten Bruch des Völkerrechts indes bereits: Ansehen in der russischen Bevölkerung und die geostrategisch wichtige Halbinsel im Schwarzen Meer. **Seiten 4/5**

KOMMENTAR

## Richtig reagiert



VON THORSTEN RETTA

Bald könnte der Rubel in Russland nicht mehr rollen. Für den Fall, dass Moskau versucht, die Lage in der Ukraine weiter zu destabilisieren, droht die EU mit Wirtschaftssanktionen. Das zeigt schon im Vorfeld Wirkung: Der Kurs des Rubels fällt, die Aktienkurse russischer Firmen sinken, das Kapital flieht und das Schreckgespenst Rezession geht um. So warnt die Weltbank, die russische Wirtschaft könne 2014 um zwei Prozent schrumpfen. Damit reagiert Europa auf den Völkerrechtsbruch vollkommen richtig. Denn die russische Ökonomie ist vom Westen deutlich stärker abhängig als der Westen von der russischen Ökonomie. Reisebeschränkungen und Kontosperrungen machen auf Putin nur wenig Eindruck. Allein wirtschaftlicher Druck kann den Kreml-Chef zur Vernunft bringen, auch wenn ostbayerische Unternehmer aufgrund der zum Teil intensiven Beziehungen mit Russland Sanktionen kritisch sehen.

### NACHRICHTEN

#### STADT UND LAND KOOPERIEREN

In einem WZ-Interview räumt der künftige Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs der Verkehrsinfrastruktur sowie einer noch engeren Kooperation von Stadt und Land höchste Priorität ein. **Seite 2**

### UNTERNEHMEN

#### ANGST VOR KÜNDIGUNGEN

Ein angeblich bevorstehender Verkauf von 4500 GBW-Wohnungen durch ein von der Patrizia AG gelenktes Konsortium hat die Diskussion um die Wirkung der sogenannten Sozialcharta erneut beflügelt. **Seite 18**

### MAGAZIN

#### ZAHLEN SIE, WAS SIE MÖCHTEN

Das „Pay what you want“-Konzept ist zwar als Marketinginstrument relativ unbekannt, erobert jedoch immer mehr Branchen in Deutschland. Es gibt aber auch Bereiche, die sich dafür nicht eignen. **Seite 19**

### STANDORTPORTRÄT

In dieser Ausgabe stellen wir den Gewerbepark Regensburg vor.



### KONTAKT

#### Mittelbayerischer Verlag

Kumpfmühler Straße 15,  
93047 Regensburg  
Tel. 0800-207 0006  
(gebührenfrei, nur aus den Festnetzen)  
Mail [service@die-wirtschaftszeitung.de](mailto:service@die-wirtschaftszeitung.de)  
Online [www.die-wirtschaftszeitung.de](http://www.die-wirtschaftszeitung.de)

## Europa fördert Mobilität

Das Beispiel von vbw und Landkreis Cham findet Nachahmer

**MÜNCHEN/CHAM.** Career(BY), ein Projekt der bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbände bayme vbw, der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. und des Landkreises Cham geht in die zweite Runde. Mehr noch: Die Pioniere dieses Förderprogramms zugunsten junger Spanierinnen und Spanier haben mit dieser Idee andere Regionen längst angesteckt. Jetzt sind auch die Landkreise Traunstein und Nürnberger Land mit von der Partie.

„Wir wollen pro Landkreis bis zu 25 jungen Spaniern im Alter zwischen 18 und 35 Jahren zum Ausbildungsstart 2014 eine passende Ausbildungsstelle vermitteln“, so formuliert vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt das Ziel der Initiative. Im Mittelpunkt des Projekts sollte dabei die Qualität im

Vermittlungs- und Eingliederungsprozess stehen. Das Konzept sieht einen dreimonatigen Deutschkurs sowie ein interkulturelles Training in Spanien vor. Darüber hinaus erhalten die spanischen Azubis im ersten Ausbildungsjahr berufsbezogene Sprachkurse, eine Integrationsbegleitung und Unterstützung bei der Berufsschule.

Brossardt ist überzeugt, dass sich die Investition für beide, also für den Ausbildungsbetrieb und den Auszubildenden, lohnt. Unterstützt werden diese Aktivitäten durch das EU-Programm „MobilPro“. Und in der Tat soll dadurch die berufliche Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa gefördert werden. (go)

**Orizon GmbH | Niederlassung Regensburg**  
T +49 941 92054-0 | [regensburg@orizon.de](mailto:regensburg@orizon.de)

**Orizon GmbH | Niederlassung Neumarkt**  
T +49 9181 6993-0 | [neumarkt@orizon.de](mailto:neumarkt@orizon.de)

### Gutes Personal gesucht?

Wir finden es für Sie! Orizon vermittelt qualifizierte Mitarbeiter aus allen Branchen für Ihr Unternehmen!

[www.orizon.de](http://www.orizon.de)

**Orizon**  
Unser Job ist gutes Personal



4

191951902904

5 0 1 0 5

# OSTBAYERN IM SCHATTEN DER KRISE

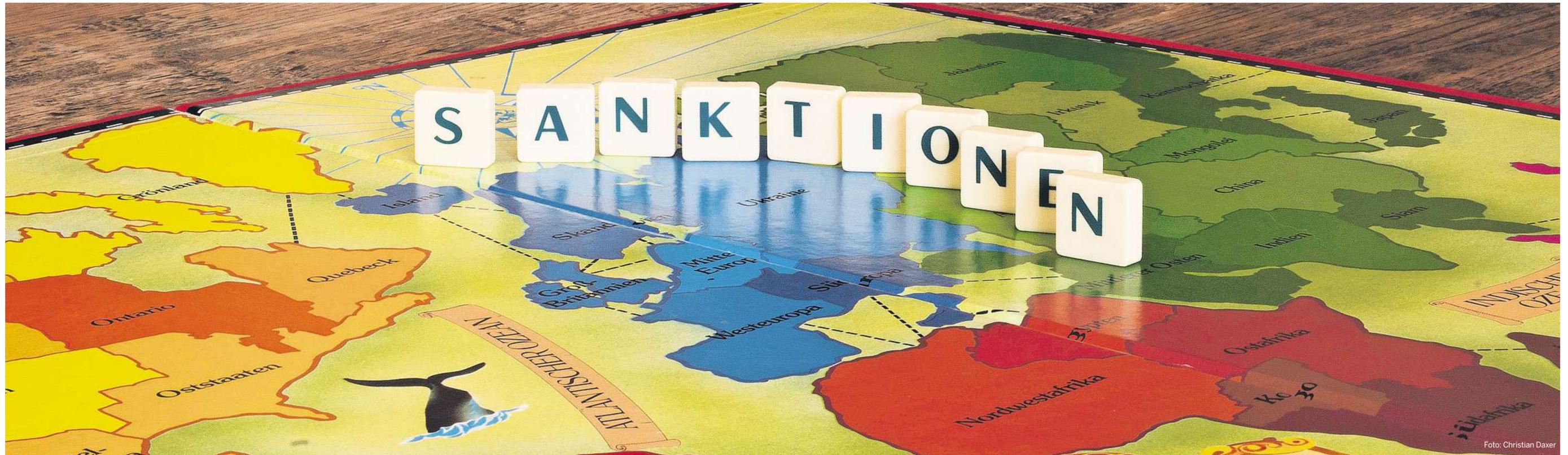


Foto: Christian Daxer

## Europa sitzt in Ukraine-Krise am längeren Hebel

Wirtschaftssanktionen sollen Russland zur Deeskalation zwingen / Jede vierte ostbayerische Firma hat Beziehungen nach Russland

VON THORSTEN RETTA

REGENSBURG. Wladimir Putin hat die Krim Russland einverleibt. Die Interpretationen, warum er das getan hat, gehen auseinander. Sie reichen von der Annahme, der Westen habe Putin durch die Missachtung russischer Interessen dazu getrieben, die Krim zu annektieren, bis hin zu der Einschätzung, der Kremlchef habe Russland in einen profaschistischen Staat mit nationalistischer Ideologie und expansiver Territorialpolitik verwandelt, für den die Halbinsel mit ihrer geostrategischen Bedeutung integraler Bestandteil des eigenen Großmachtanspruches ist.

Wo die Wahrheit auch immer liegt, Fakten sind geschaffen. Hergeben wird der russische Bär seine Beute nicht mehr. Nun aber geht im Westen die Angst um, Moskau könne auch den Osten der taumelnden Ukraine ins Visier nehmen. Für den Fall, dass Russland die Lage im einstigen Bruderstaat weiter destabilisiert, drohen die EU, USA und Japan mit scharfen wirtschaftlichen Sanktionen.

Grundsätzlich sind Sanktionen politische Instrumente in Konfliktsituationen, mit deren Hilfe beim sanktionierten Staat eine Verhaltensänderung herbeigeführt werden soll. Ihr großer Vorteil: Sie bleiben unter der Schwelle militärischer Gewalt und drohen auch nicht damit. Daher verstoßen sie im Gegensatz zur Annexion der Krim nicht gegen geltendes Völkerrecht. Es garantiert nicht nur die territoriale Unversehrtheit eines Nationalstaates, sondern

verboten auch die Androhung von Gewalt, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtet ist. Gerade für die aus dem Friedensgedanken geborene EU sind solche Maßnahmen ausgesprochen wichtig, um in Konfliktsituationen handlungsfähig zu bleiben.

### Breite Palette von Maßnahmen

Ein weiterer Vorteil: Es stehen nicht nur schwere Geschütze wie Waffenembargos oder Import- und Exportrestriktionen zur Verfügung. Von der Einschränkung politischer Kontakte über Visa- und Reisebeschränkungen und die Blockade von Guthaben bis zum Verbot bestimmter Finanztransaktionen hat sich die EU auch feinere Instrumente angeschafft. Davon wird jetzt in der Krise um die Ukraine Gebrauch gemacht. Nach der Aussetzung von Verhandlungen über eine Visaliberalisierung und ein Partnerschaftsabkommen mit Russland folgten Reisebeschränkungen und Kontosperrungen. Ziel war die russische Führungselite aus Politik und Militär.

Sollte Putin nun auch vor dem Osten der Ukraine nicht Halt machen, folgt laut Angela Merkel eine „breite Palette wirtschaftlicher Maßnahmen“. Was die Bundeskanzlerin damit meint, sind umfassende Wirtschaftssanktionen. „Solche Sanktionen sind immer dann ein geeignetes Mittel, wenn der zu sanktionierende Staat ökonomisch weit weniger entwickelt ist als der Sanktionierer“, erklärt Dr. Alexander Straßner vom Institut für Politikwirtschaft an

der Universität Regensburg. „Die Asymmetrie ist dann so hoch, dass das sanktionierte Land irgendwann kooperieren muss.“

In der Tat dürfen Wirtschaftssanktionen im aktuellen Fall als geeignetes Mittel angesehen werden. Denn nach Einschätzung des Münchner Ifo-Instituts würden Wirtschaftssanktionen Russland deutlich stärker treffen als die EU. Nach Ifo-Berechnungen machen die Ausfuhren Russlands in die EU 15 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes aus. Umgekehrt sei es nur etwa ein Prozent. Zudem sind die Deviseneinnahmen aus dem Gas- und Ölexport für Russland überlebenswichtig, weil der Rest der Wirtschaft marode ist. 100 Millionen Dollar nimmt Moskau täglich durch den Verkauf von Öl und Gas ein. Ein Wegfall würde dem Staatshaushalt einen erheblichen Schlag versetzen. Während die EU oft alternative Produkte liefert, wäre das Versiegen der russischen Öl- und Gaslieferungen für die EU dagegen kein existenzbedrohendes Problem. Die Speicher sind nach dem milden Winter voll.

Dennoch warnt die deutsche Wirtschaft vor einer Handelspolitik, die Russland ausgrenzt. Russland ist als Absatzmarkt für Deutschland deutlich wichtiger als für die übrigen EU-Mitglieder. Ein Großteil der Importe nach Deutschland besteht aus Öl, Gas oder Steinkohle. Diese Energieerzeugnisse sind wichtig, da erhebliche Teile der Wertschöpfung hierzulande davon abhängen. Noch härter träfen Sanktionen wohl Ostbayern mit seiner Exportquote

von über 50 Prozent. „Von 1000 Betrieben im Gebiet der IHK Regensburg haben 250 Beziehungen nach Russland. Russland ist damit wichtiger für die regionale Wirtschaft als für viele andere Weltregionen“, erklärt Dr. Alfred Brunnbauer, der Geschäftsführer der IHK, die Verflechtungen mit dem Land, das mit 143 Millionen Menschen der fünfgrößte Absatzmarkt der Erde ist.

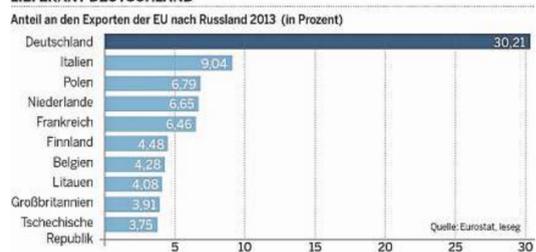
### Auswirkungen bereits spürbar

„Bei hoher wechselseitiger Abhängigkeit geht man mit Sanktionen ein hohes Risiko ein“, sagt Straßner und gibt damit den theoretischen Unterbau zu den Befürchtungen der Wirtschaft. Während allgemeine Maßnahmen nur oberflächlich und symbolisch wirkten, träfen „echte“ Sanktionen den Sanktionierer auch selbst – nicht nur wirtschaftlich. „Die demokratisch legitimierte Regierung, die die Einschnitte

zu verantworten hätte, würde sich massiver Kritik gegenübersehen.“ Insofern hält er harte Sanktionen für nicht wahrscheinlich. Effektiv dagegen seien allein Diskussionen über mögliche Maßnahmen. Etwas wenn es um alternative Märkte beim Import von Erdgas geht. „Auch wenn es kaum realisierbar wäre: Zumindest Optionen liegen auf dem Tisch. Das ist ein Signal an Russland“, so der Politikwissenschaftler.

Obwohl harte Sanktionen niemand zu wollen scheint und sie nicht beschlossen sind, bekommt die Wirtschaft die Auswirkungen zu spüren. Visaanfragen ziehen sich deutlich in die Länge, Lieferverträge liegen auf Eis, Devisenverluste schmälern die Umsätze. Und mit Blick auf die Zukunft und in das neue Gesicht Russlands werden sich viele Vorstände und Firmenchefs wohl noch genauer überlegen, ob ein Invest im Reich Putins sinnvoll ist.

### LIEFERANT DEUTSCHLAND



## Firmen in der Region mit Sorge

Viele Unternehmen halten Sanktionen für nicht richtig, nutzlos oder gar schädlich

OSTBAYERN. Mit einer Exportquote von über 50 Prozent liegt Ostbayern nach einer über die Jahre hinweg spektakulären Aufholjagd inzwischen sogar über dem Bayerndurchschnitt. Dies bedeutet für die vielfach als „hidden champions“ gepriesenen Unternehmen, dass Unruhe in der Welt sich direkt oder indirekt bis in die Oberpfalz und nach Niederbayern auswirken kann.

Langfristige Folgen möglich Im oberpfälzischen Neumarkt gibt sich Prof. Dr. Michael Popp, der Inhaber und Vorstandsvorsitzende der Bionorica-Gruppe, recht gelassen – obwohl der Hersteller apothekenpflichtiger pflanzlicher Arzneimittel wie etwa Sinupret in Russland schon heute als die Nummer eins jährlich über 90 Millionen Euro von insgesamt 235 Millionen Euro umgesetzt und hier bald auch einen Produktionsstandort errichten wird. „Sanktionen sind meines Erachtens nicht das richtige Mittel, da sie kurzfristig angelegt sind, aber auch langfristige Folgen haben können“, betont Popp.

Wichtig sei ihm vielmehr, dass sich die Situation nicht verschärft. „Dazu sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland zu wichtig.“ Russland brauche die Investitionen von Deutschland und Europa, „und wir brauchen Russland als Absatzmarkt und Energielieferant“. Und wenn es dennoch Handelsanktionen gäbe? „Dann dürfte uns das später treffen als Unternehmen anderer Branchen“,

sich Michael Popp sicher, „denn Arzneimittel werden immer gebraucht, wenn die Menschen krank sind.“ Bionorica beschäftigte Ende 2013 über 1300 Mitarbeiter.

Mit einer gewissen Sorge verfolgt Michael Horsch, der Geschäftsführer der Horsch Maschinen GmbH mit Sitz in Schwandorf, die Zuspitzung des Konflikts mit Russland. Sein Kerngeschäft macht der 1100 Mitarbeiter zählende Landtechnikspezialist mit einem Gesamtjahresumsatz von 250 Millionen Euro zwar immer noch in der EU, „aber Russland und die Ukraine sind für uns wichtige Zukunftsmärkte“. Bereits seit einigen Jahren unterhält man Niederlassungen in Polkownitsche nahe der ukrainischen Hauptstadt Kiew sowie in der russischen Region Lipezk. Bei Horsch Rus werde auch produziert. Die Maschinen für Bodenbearbeitung und Sätechnik werden sowohl aus Deutschland als auch russischen Komponenten als „made in Russia“ gefertigt. Die Aktivitäten in beiden Ländern machen bei Horsch derzeit circa zwölf Prozent des Maschinenumsatzes aus, in Summe etwa 30 Millionen Euro. Horsch habe zwar noch Aufträge, aber aus Vorsicht liefern die Oberpfälzer derzeit nur gegen Vorkasse.

### Wird der Mittelstand getroffen?

Die Linn High Therm GmbH in Eschenfelden ist seit 1969 unter anderem einer der führenden Hersteller von elektrisch beheizten Industrie- und Laboröfen mit inzwischen eigenen Niederlassungen in Russland und

China. Geschäftsführer Horst Linn senior, gerade erst aus Russland zurück, bezeichnet etwaige Wirtschaftssanktionen als nutzlos und schädlich. Für die Energiebranche und die großen Konzerne hätten sie ohnehin keine großen Auswirkungen, „aber gerade in Nischenbereichen könnten von russischer Seite Gegenmaßnahmen ergriffen werden“. Und dies würde vor allem „uns Mittelständler treffen, dabei gäbe es so viele Möglichkeiten in diesem Land“.

### Zulieferer indirekt betroffen

Obwohl die Raimund Höllein Carolinenhütte GmbH & Co. KG in Kallmünz direkt 95 Prozent ihres Gusses in Deutschland verkauft, arbeitet die Gießerei sehr stark mit Turbinen- und Fahrzeugbau, Antriebstechnik, Werkzeugmaschinenbau und Getriebebau zusammen. Diese Kunden aber haben zum Großteil Exportquoten zwischen 80 und 90 Prozent, „und damit“, so Geschäftsführerin Caroline Höllein, „sind wir als Zulieferer unserer Gussteile indirekt von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig, und somit auch von Russland“. Die Entwicklung auf der Krim habe jedenfalls Verunsicherung ausgelöst und große Investitionen würden zeitlich nach hinten verschoben.

So abgeschieden die Oberpfalz manchmal wirke, „wir konkurrieren in einem globalen Markt und sind als Mittelständler von globalen Entwicklungen genauso abhängig wie globale Großunternehmen“, betont Caroline Höllein. (go)

## Wichtiger Markt

Bayerische Unternehmen fürchten große Nachteile

BAYERN. Sanktionen gegen Russland sind umstritten. Besonders aus der Wirtschaft sind kritische Stimmen unüberhörbar. Es stellt sich daher die Frage, wie sich eine Verschärfung der EU-Strafmaßnahmen mit gezielten Wirtschaftssanktionen gegen Russland auf bayerische Unternehmen auswirken würde? Zwar gehen nur 3,2 Prozent der deutschen Ausfuhren nach Russland, doch das Engagement deutscher Unternehmen in Russland ist stark. Die deutsche Wirtschaft hat dort einen Kapitalstock von 20 Milliarden Euro auf gebaut. 6100 deutsche Firmen sind in Russland aktiv, ein Drittel davon kommt aus Bayern.

Die bayerische Wirtschaft hat besonders intensive Beziehungen nach Russland. Die Unternehmen des Freistaates haben über vier Milliarden Euro in der Russischen Föderation investiert und beschäftigen dort 55.000 Arbeitnehmer. Bei den Importen nach Bayern liegt Russland mit 7,2 Milliarden Euro auf Platz sieben weltweit, bei den Exporten mit 4,4 Milliarden auf Platz zwölf. Bei den bayerischen Exporten nach Russland stehen Kraftfahrzeuge und -teile mit 35,1 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Maschinen (18,8 Prozent) und elektrischen Ausrüstungen (10,7 Prozent). Bei den Importen dominieren Öl und Erdgas mit über 93 Prozent.

Die Kfz- und Zuliefererindustrie, der Maschinenbau, die Elektroindustrie und die Chemieindustrie wären in Bayern von Wirtschafts-

sanktionen gegen Russland besonders betroffen, sagt Bertram Brosard, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der bayerischen Wirtschaft. Er sieht in den Sanktionen „eine Wachstumsbremse, die das Herz der bayerischen Industrie treffen würden“.

Große bayerische Unternehmen wie BMW sind im Russlandgeschäft sehr engagiert. BMW hat im Jahr 2013 44.870 Fahrzeuge nach Russland verkauft und steigerte damit den Absatz auf dem russischen Markt gegenüber 2012, als BMW knapp drei Prozent seines Gesamtumsatzes in Russland erwirtschaftete, um 11,8 Prozent. Für Audi, das im Zeitraum von Januar bis Juli 2013 knapp 3000 Automobile in Russland verkauft hatte, ist Russland ein wachsender, aber entwicklungsfähiger Markt.

Sehr wichtig ist der russische Markt für Adidas. Das Herzogenauracher Unternehmen erwirtschaftete 2012 bereits 7,4 Prozent seines Umsatzes in Russland. Auch Siemens setzt auf Russland, wie das Treffen von Siemens-Chef Joe Kaeser mit Wladimir Putin im März dokumentierte. Im Geschäftsjahr 2013 erzielte Siemens in Russland einen Umsatz von 2,17 Milliarden Euro. Für diese Unternehmen ist ein Umsatzverlust auf dem russischen Markt kaum zu kompensieren, zumal auch andere Wachstumsländer wie die Türkei, Brasilien und Indien derzeit mit großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. (xho)